

DIESE GRÜNEN!



GRÜNER PLATZ AM KOLK

■ STATT MASSIVER ERWEITERUNG DER CITY-ARKADEN?



Foto: Mathias Kehren

Schon seit einem Jahr pfeifen es die Spatzen von den Dächern: ECE (ein Unternehmen im Otto-Konzern) möchte die City-Arkaden erweitern. Schnell wurde bekannt, dass mit den Hausbesitzern am Kipdorf bereits Gespräche über den Kauf der Immobilien stattfinden.

Lange war allerdings unklar, wie der Platz am Kolk einbezogen werden soll. Die City-Arkaden sollen nach dem jetzt veröffentlichten Bebauungsplan von 25.000 qm auf mehr als 40.000 qm vergrößert werden, dieses Ziel kann nur mit einer massiven Bebauung umgesetzt werden.

Im Laufe der Diskussion kam der Verdacht auf: Hier soll eine mehrgeschossige Bebauung mit wenigen Fenstern bis kurz vor die ehemalige Posthochgezogen werden. So etwas gibt es schon in Köln am Olivandenhof. Dort schützt ein Glasdach den engen

Durchgang zwischen einem Neubau und einem historischen Gebäude vor Regen. Bereits im vergangenen Jahr haben wir GRÜNEN begonnen, eine Gestaltungsperspektive für den Platz am Kolk zu entwickeln. Mit Platz für Menschen statt Autos, mit freiem Blick auf die Kirche am Kolk und auf das ehemalige Postgebäude, eben mit einer neuen Aufenthaltsqualität.

Das GRÜNE Konzept wurde am 14. Februar auf einer öffentlichen Veranstaltung im Gemeindefaal der Alten lutherischen Kirche am Kolk vorgestellt. Auch bei Erhalt des Platzes könnte ECE seine Verkaufsfläche vergrößern. Durch den Umbau des Postgebäudes sind es zwar weniger als die gewünschten 16.000 Quadratmeter, aber wir sind nach Aussage der Verwaltung ja in einem „ergebnisoffenen“ Prozess, in dem Raum für Ideen und Anregungen gewährt wird. Wir sind

auch gespannt auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die mit Workshops bzw. Veranstaltungen eingebunden werden sollen. Bei der Nach-



Gestaltungsidee Platz am Kolk, Wuppertal 2013

frage in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen konnte jedoch nicht erklärt werden, wer an diesen Workshops teilnehmen kann oder wann die Beteiligung beginnt. Wir sind gespannt.

Ob wir einem verkleinerten Erweiterungskonzept zustimmen können, diskutieren wir noch, gerne auch mit Ihnen. Es hat allerdings den Anschein, dass CDU und SPD die großflächigen Erweiterungen von ECE längst abgesegnet haben, offizielle kritische Stimmen von der großen Kooperation haben wir bislang nicht gehört. ECE möchte jetzt in aller Eile das Planverfahren bis zur Kommunalwahl 2014 abgeschlossen haben, damit nicht neue Ratsmehrheiten das Projekt verändern. Wir treten für eine konzeptionelle und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik ein, die als Entscheidungsgrundlage einen städtebaulichen Rahmenplan für die Elberfelder City und einen Masterplan Einzelhandel setzt. Nicht die ökonomischen Interessen der Investoren, sondern die Menschen, die in einer Stadt einkaufen und leben wollen, müssen im Vordergrund stehen. Sie finden den Gestaltungsentwurf in der untenstehenden Abbildung.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung stellen wir Ihnen wieder die interessantesten Themen der Wuppertaler Politik vor. Passend zur Veröffentlichung von DIESE GRÜNEN am 8. März, dem Internationalen Frauentag, berichten wir über einen Antrag der GRÜNEN, der für mehr Lohngleichheit von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung sorgen kann. Das Highlight: Alle Fraktionen haben diesen Antrag im Gleichstellungsausschuss beschlossen. In der Ratsitzung war es mit der Einigkeit zunächst vorbei, SPD und CDU stellten einen Änderungsantrag. Neugierig geworden? Wie es weiterging, lesen Sie im Artikel Equal Pay Day.

Ein weiteres Highlight ist unser Gestaltungsentwurf für den Platz am Kolk, der im Zusammenhang mit der Erweiterung der City-Arkaden aktuell heiß diskutiert wird. Am 14. Februar haben wir unsere Pläne ca. 100 interessierten WuppertalerInnen vorgestellt

Ihr Redaktionsteam

EINZELHANDEL IN ELBERFELD

■ WANN IST DAS MASS VOLL?

Bei den Diskussionen über die ECE-Erweiterung, die Bundesbahndirektion und weitere potenzielle Einzelhandelsflächen kommt regelmäßig die Frage auf, wie viel zusätzliche Einzelhandelsflächen die City von Elberfeld überhaupt noch verträgt.

Eine berechtigte Frage angesichts des schon jetzt vorhandenen massiven Leerstands in der Rathaus-Galerie. Am Döppersberg sollen nach dem Umbau auf dem Weg zwischen Hauptbahnhof und Schwebbahnstation eine Mall und der Kubus mit insgesamt 6.000 Quadratmetern Verkaufsfläche entstehen. Für die Bundesbahndirektion gibt es noch keine Zahlen, doch sicher-

lich geht es auch dort um einige Tausend Quadratmeter. Diese zusätzlichen großen Flächen würden schlagartig einen Verlagerungsprozess auslösen, der einen lang anhaltenden Leerstand in weniger attraktiven Einkaufsstraßen produzieren und diese „herunterziehen“ würde.

In der Gesamtsumme von 115.000 Quadratmetern Einzelhandelsfläche, die 2009 für die Elberfelder City ermittelt wurde, ist das Koch-am-Wall-Gebäude schon enthalten. Insgesamt kämen mit den drei Erweiterungen und Neuschaffungen etwa 30.000 Quadratmeter hinzu, mehr als ein Viertel zusätzlich. Damit hätte die Elberfelder City gerade einmal 20% weniger

Verkaufsfläche als die gesamte Dortmunder Innenstadt. Einige Elberfelder Einzelhändlerinnen und Einzelhändler erklärten anlässlich der Erweiterung der City-Arkaden, einige Tausend Quadratmeter mehr könnte Elberfeld noch vertragen. Damit können aber nicht alle zusätzlich geplanten Verkaufsflächen gemeint sein. Eine derart weitgehende Veränderung führt zu starken Verwerfungen im Einzelhandelsangebot der Elberfelder City. Die Neumarktstraße ist schon heute ein Sorgenkind. Wenn der Sog Richtung Döppersberg und City-Arkaden einsetzt, werden die zarten Pflänzchen, die sich an der Neumarktstraße nach Renovierungen zeigen, schnell einge-

hen. Deshalb wünschen wir uns einen Rahmenplan, der aufzeigen kann, welche Flächen an welchen Standorten für die City noch verträglich sind. Auf der anderen Seite kann eine gute Planung auch dazu führen, an der einen oder anderen Stelle NEIN zu noch mehr Handelsfläche zu sagen.

Eine Studie aus 2009 mit dem Titel „Präsentation Entwicklung Innenstadt Elberfeld“ aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 4.3.2009 finden Sie im Internet unter:

http://www.wuppertal.de/rathaus/onlinedienste/ris/to0040.php?__ksnr=6774&toselect=41194 (Es ist das zweite Dokument von unten)

AUS DEM INHALT

Seite 2
Equal Pay Day

Seite 3
Veranstaltung Mobilität

Seite 4
Altersarmut in Wuppertal

Seite 5
Inklusion in Kitas



EQUAL PAY DAY – GRÜNER ANTRAG STÄRKT FRAUEN

■ ENTGELTGLEICHHEIT – EIN WICHTIGES THEMA AUCH FÜR WUPPERTAL

In der Februar-Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung wurde einstimmig ein Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion beschlossen, stärker gegen das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern in der Stadtverwaltung vorzugehen.

Das ist erfreulich, denn im Normalfall lehnen CDU und SPD die Anträge der Opposition ab. Mit Beschluss unseres Antrages wird die Verwaltung beauftragt, eine Analyse der Lohnunterschiede in der Stadtverwaltung zu erstellen und zu prüfen, welche Maßnahmen für mehr Lohngerechtigkeit sorgen. Dabei wird auch die Einführung einer Frauenquote geprüft, für die sich die GRÜNEN schon lange starkmachen. Die Freude währte nicht ganz so lang, denn zur Ratssitzung am 04. März brachten CDU und SPD einen Änderungsantrag ein, der ausschließlich die städtischen Angestellten in den Blick nimmt. Da wir keine Mehrheit für den GRÜNEN Antrag bekamen, stimmten wir der Ergänzung zu. Die Diskussion wird weitergeführt, zunächst in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung im April.

Der Equal Pay Day

Der konkrete Anlass, unseren Antrag zu stellen, ist der diesjährige Equal Pay Day. Dieser Aktionstag findet seit 2008 jährlich statt und markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland als den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. In diesem Jahr ist der Stichtag der 21. März.

Zahlen

Noch immer ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit und insbesondere im Hinblick auf die Entlohnung in Deutschland und auch in Wuppertal nicht umgesetzt. Das Statistische Bundesamt hat berechnet, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt es kein anderes europäisches Land, in dem das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern so groß ist wie in Deutschland. Damit



sind wir das absolute Schlusslicht in Europa, und das müssen wir dringend ändern.

Ungleiche Bezahlung auch in den Stadtverwaltungen

Auch unter der Voraussetzung vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation unterscheiden sich Frauen- und Männerlöhne pro Stunde um acht Prozent. Dieser Lohnabstand verändert sich nicht, allen öffentlichen Skandalisierungen und auch den steigenden Qualifikationen der Frauen zum Trotz. Zum öffentlichen Dienst sagt die Statistik, dass der Verdienstabstand „nur“ bei sieben Prozent liegt.

Das hat natürlich mit der starken Tarifgebundenheit zu tun. Bei der Stadtverwaltung Köln wurde zum Beispiel eine Entgelt Differenz von knapp zehn Prozent ermittelt, das macht zwei Euro brutto pro Stunde.

... und Wuppertal?

Um die Frage konkret zu beantworten, ob vollzeitbeschäftigte Frauen im mittleren und höheren Dienst im Vergleich zu Männern auch in Wuppertal weniger verdienen und wenn ja, wie viel Prozent weniger, benötigt die Politik von der Verwaltung die entsprechenden Zahlen. Bislang wird die prozentuale Verteilung von Frauen und Männern an Positionen im aktuellen Frauenförderplan aufbereitet, aber nicht die damit einhergehenden Gehaltsunterschiede. Formal werden im Besoldungsrecht gleiche Tätigkeiten auch gleich bezahlt. Auch im öffentlichen Dienst sieht es nicht anders aus. Von Entgeltgleichheit kann jedoch noch lange nicht gesprochen werden. Frauen verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen.

Notwendig ist ein Kulturwandel; auch im öffentlichen Dienst muss mittelbare Diskriminierung beseitigt und die Tätigkeit von Frauen gerecht bewertet werden.

Wir als Politikerinnen und Politiker brauchen eine gute Grundlage dafür, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Lohndifferenz von Frauen und Männern zumindest zu verkleinern, wenn nicht anzugleichen. Die Diskussion geht weiter. Wir bleiben am Ball.



NEU IN DER BEZIRKSVERTRETUNG

LANGERFELD- BEYENBURG: UTE EICHLER-TAUSCH



Foto: Mathias Kehren

Als engagierte Mutter kam sie 1996 zu den GRÜNEN in Sprockhövel und war dort bis 2001 zunächst als sachkundige Bürgerin für die Bereiche Jugend und Soziales und später als Ratsmitglied politisch aktiv. Seit dem Umzug nach Beyenburg vor 12 Jahren ruhte ihr kommunalpolitisches Engagement, aber das Interesse an Politik und Umwelt blieb. So organisierte sie Mahnwachen zu Fukushima und engagierte sich ehrenamtlich im Bereich Fairer Handel. Seit 2005 arbeitet sie als Geschäftsführerin des OV Sprockhövel in Teilzeit, nebenbei ist sie als

Übungsleiterin im Seniorensport tätig. „Mir ist es wichtig, nicht ideologisch, sondern realitätsnah zu agieren und trotzdem nicht auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben. Das Zusammenleben der Generationen hat für mich einen hohen Stellenwert.“ Neben Familie und Sport liegen ihr die Wahrung der ländlichen Flächen als Naherholungsräume und der Erhalt der gewachsenen Strukturen in den Stadtvierteln besonders am Herzen.

Kontakt per E-Mail unter: Ute.Eichler-tausch@gruene-wuppertal.de



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



GASTKOMMENTAR: FRAUENVERBAND COURAGE

■ COURAGE – (K)EIN GEMEINNÜTZIGER VEREIN?!

von Rita Kubitzka und Linda Weißgerber, Frauenverband Courage, Wuppertal (www.fvcourage.de)

Courage – der Name soll Programm sein. Wir sind ein Frauenverband, in dem Frauen verschiedener Weltanschauung (ausgenommen Faschistinnen), Religion und Nationalität auf demokratische Weise zusammenarbeiten. Für uns ist diese Vielfalt der Meinungen oft eine spannende Angelegenheit.

Besonders wichtig ist uns die finanzielle Unabhängigkeit, damit wir nicht am Tropf irgendeiner Partei oder Institution hängen. Doch unsere Überparteilichkeit macht den Mächtigen hier im Land offensichtlich zu schaffen. Und weil Courage seit der Gründung des Verbandes (16.2.1991) keine anti-kommunistische Ausgrenzung betreibt, werden wir in verschiedenen Verfassungsschutzberichten erwähnt bzw. als „extremistisch“ verleumdet. Dies führte zu dem ungeheuerlichen Vorgang, dass uns vom Finanzamt Wup-

pertal am 14.12.2012 rückwirkend ab 2010 die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Damit finden wir uns natürlich nicht ab und freuen uns besonders über die riesengroße Solidarität, die wir seither erfahren.

Wie „extremistisch“ sind wir wirklich?

Wir haben erfolgreich die Abschiebung einer Weißrussin verhindert, wollen für Migrantinnen ein eigenständiges Bleiberecht und sind gegen jede Art von Gewalt an Frauen.

Unser Ziel ist die echte Gleichberechtigung, nicht nur die auf dem geduldeten Papier. Jedes Jahr pflegen wir am 8. März die kämpferische Tradition des Internationalen Frauentags mit bunten Straßenaktionen.

Zusammen mit vielen anderen haben wir uns für kostenloses Schulmittagessen engagiert, zudem machen wir uns schon lange für 10 Euro Mindestlohn oder eine ausreichende Zahl von Kita-Plätzen anstelle von Schröders „Herdprämie“ stark. Der Erhalt



Foto: Linda Weißgerber

des Schauspielhauses ist uns wichtig und wir möchten, dass Pina Bausch „ihren“ Platz davor bekommt. Angesichts der Zerstörung der natürlichen

Lebensgrundlagen z.B. durch Atomkatastrophen und (lebens)gefährliches Gas-Fracking halten wir eine engere Zusammenarbeit aller Umweltbe-

wegten für unerlässlich, um „Mutter Erde“ zu schützen.

Wir treffen uns regelmäßig in unserem Courage-Zentrum (Holsteiner Str. 28) und feiern auch sehr gerne, wozu aber manchmal leider zu wenig Zeit bleibt. Sehr beliebt sind Begegnungen und Veranstaltungen mit internationalen Gastfrauen, denn wir können viel voneinander lernen und international zusammenarbeiten. So halten wir seit Jahren Kontakt zu Zulma aus Kolumbien, die wir auch 2011 in Venezuela bei der 1. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen treffen konnten.

Die schnelle Abfolge von (frauen)politischen Ereignissen fordert uns dazu heraus, durchblicken zu lernen, deshalb legen wir großen Wert auf Bildungsarbeit.

Wie so oft im Leben ist es manchmal schwierig, das alles unter einen Hut zu bekommen, aber wir arbeiten daran. Wir sind aktiv nach dem Motto des 10. Frauenpolitischen Ratschlags „Von Religion bis Revolution“ – und zwar **extrem** gerne!

FUNDTIER-TOURISMUS IM BERGISCHEN LAND?

■ ZUSAMMENARBEIT MIT DEM WUPPERTALER TIERHEIM BEENDET

Nachdem im Jahr 2012 die Zusammenarbeit der Wuppertaler Stadtverwaltung mit dem Tierheim Wuppertal beendet wurde, lag bis zur Tagung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit am 19. Februar noch immer kein umfassender Vertrag über die Versorgung und Betreuung von Fundhunden und -katzen durch das Tierheim Remscheid vor. Auf Basis einer vorläufigen Vereinbarung werden seit Januar 2013 alle Fundhunde, die auf Wuppertaler Gebiet aufgegriffen werden, vom Tierheim Remscheid aufgenommen, versorgt und vermittelt. Alle weiteren Fundtiere (Katzen und Kleintiere) sollen, so weit es die Kapazitäten zulassen, ebenfalls in Remscheid betreut werden,

so die Verwaltung in einer aktuellen Drucksache. Zusätzlich sollen weitere Tiere durch den Katzenschutzbund Wuppertal sowie den Aquarianertreff und Tierpensionen betreut werden. Wir GRÜNEN bedauern, dass die Zusammenarbeit mit den vielen, sich auch ehrenamtlich engagierenden Menschen beim Wuppertaler Tierschutzverein nicht mehr besteht. Bis in den November 2012 hinein gab es Verhandlungen zwischen Stadt und Wuppertaler Tierschutzverein, die jedoch letztlich nicht zu einer Vertragsverlängerung führten. Ob die nun seitens der Verwaltung vorgeschlagene Lösung der „gesetzlichen Pflichtaufgabe Fundtierversorgung“ wirklich sinnvoll ist, wird sich erst im Sommer zeigen. Im



Foto: Mathias Kehren

gesamten Januar wurden auf Wuppertaler Gebiet lediglich neun Fundhunde und 17 Fundkatzen betreut. Bekanntermaßen steigen diese Zahlen im Sommer erheblich an. Insbesondere die Betreuung und Vermittlung von Katzen erscheint uns sehr fraglich, da das Tierheim Remscheid noch im Dezember letzten Jahres „nur in absoluten Notfällen“ Wuppertaler Katzen aufnehmen konnte. Wir GRÜNEN werden das weitere Geschehen um alle Beteiligten in Wuppertal und Remscheid in diesem Frühjahr und Sommer kritisch und sehr genau beobachten. Der Tierschutz darf in Wuppertal nicht unter fiskalpolitische Räder kommen.

GRÜNE VOR ORT

STADTTEILGRUPPE BESUCHT TURMTERRASSEN



Foto: Privat

Die Stadtteilgruppe Barmen / Oberbarmen / Heckinghausen besuchte bei ihrem Treffen am 15. Februar die Turmterrassen im Nordpark. Nicht zu

viel versprochen hatte uns Hausherr Harry Thomas, als er sagte, dass jetzt gerade ein guter Zeitpunkt sei, den Baufortschritt zu besichtigen. Nach-

dem er uns das Vorhaben anhand eines aushängenden Plans erläutert hatte, führte er unsere Gruppe mit einer Taschenlampe „bewaffnet“ bis in die verwinkeltesten Ecken des Gebäudes. Über abenteuerliche Treppen kletterten wir auf den Turm, wo sich noch Inschriften aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges finden.

Danach ging es in den Keller, wo bereits kleinere Bereiche fertiggestellt sind, vor allem die Heizungsanlage. An den Wänden in den Zwischengeschossen konnten wir die freigelegte alte Bausubstanz erkennen – inklusive abgefallener Balken –, und an anderer Stelle schon neue Holzdecken und fertigen Lehmputz bewundern.

Mit wie viel Herzblut und Liebe zum Detail an dem alten Gebäude (erbaut in den 1860er Jahren) gearbeitet wird, berichtete uns Marcel Thomas am Beispiel der Auswahl und Beschaffung neuer (alter!) Dachziegel.

Nur zu einem Eröffnungstermin wollte er sich noch nicht äußern ...

NEU IM AUSSCHUSS FÜR ORDNUNG, SICHERHEIT UND SAUBERKEIT: OLCAY BRUCHMANN

Politik ist ihr Hobby. Seit ihrer Kindheit engagiert sie sich in ihrem Umfeld ehrenamtlich gesellschaftspolitisch. Bis zum Eintritt 2010 bei den GRÜNEN hat sie unter anderem Hilfestellung für Emigranten geleistet, die Friedensbe-

wegung unterstützt und aktiv beim Deutschen Kinderschutzbund mitgearbeitet.

Bedingt durch die Schulbesuche ihrer drei inzwischen erwachsenen Kinder war sie darüber hinaus zwei Jahrzehnte lang in Schulgremien aktiv.

Seit Anfang 2011 ist sie Beisitzerin im Vorstand des KV Wuppertal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und seit einem Jahr Mitglied in der LAG Frauen. „Ich sehe es als eine Pflicht, mich politisch zu engagieren und bei der Gestaltung unseres Lebens und unserer Umwelt mitzuwirken. Der Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit beschäftigt sich intensiv mit einem Teil unseres Stadtlebens. Ich freue mich, dass ich mich jetzt in diesem Bereich aktiv einbringen darf.“

Wichtig ist ihr eine kommunale Politik, die sozial gerecht, nachhaltig, ökologisch korrekt und bürgernah ist.

Kontakt per E-Mail unter:
o.bruchmann@wta.de



Foto: Mathias Kehren

MOBILITÄT DER ZUKUNFT – JETZT DIE WEICHEN STELLEN!

■ GRÜNE FÜR VERKEHRSWENDE IM BERGISCHEN LAND

Anfang März fand im Rathaus Barmen eine Diskussionsveranstaltung zur Verkehrspolitik im Bergischen Land statt. Eingeladen hatten die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Hermann E. Ott, MdB, Jutta Velte, MdL sowie der Arbeitskreis Bergisch Ennergisch.

Vor dem Hintergrund der aktuell anstehenden Kürzungen im öffentlichen Nahverkehr durch die Wuppertaler Stadtwerke, des drohenden Verkehrskollapses auf unseren Straßen, zunehmender Lärm- und Luftbelastungen und der Herausforderungen des Klimawandels hatte die GRÜNE Fraktion bereits im vergangenen Jahr einen Antrag zur zukunftsfähigen Mobilität gestellt, der im Verkehrsausschuss auf den St. Nimmerleinstag vertagt wurde. CDU und SPD zeigen keinerlei Bestreben, sich mit zukunftsfähigen Verkehrskonzepten auseinanderzusetzen. Anja Liebert, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, stellte anfangs die GRÜNEN Ideen zur Mobilität der Zukunft in Wuppertal vor. Das sind u.a. die Stärkung des Umwelt-



Foto: Simone Bahrmann

verbundes (Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr), eine Marketingstrategie zur Steigerung des Fahrgastaufkommens, die Förderung der Elektromobilität oder die Ausweitung der Tempo-30-Zonen (siehe www.gruene-wuppertal.de) Die GRÜNEN Landtagsabgeordneten Arndt Klocke und Rolf Beu referierten über die Verkehrspolitik der rot-GRÜNEN Landesregierung, die trotz ange-

spannter Finanzlage des Landes auch auf den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs setzt. Sehr kontrovers wurde das Thema „fahrscheinloser ÖPNV“ diskutiert. Für die einen ist es ein zukunftsweisendes Konzept, wenn die Kosten für den ÖPNV ähnlich wie die Rundfunkgebühren auf alle Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden. Die anderen halten dieses Konzept für nicht umsetzbar und weisen darauf hin,

dass der ÖPNV bereits jetzt zu 50% aus Steuergeldern finanziert wird.

Jürgen Eichel vom Landesverband NRW des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) e.V. schlug vor, in einer kleinen Modellkommune den fahrscheinlosen ÖPNV zu testen. Generell sei der VCD einem ausschließlich steuerfinanzierten Nahverkehr gegenüber skeptisch eingestellt und eher für weitere Pauschalangebote wie Semestertickets, Jobtickets oder Gästetickets für TouristInnen. Herr Eichel berichtete, dass im Verkehrsverband Rhein-Ruhr (VRR) ein E-Ticket-System favorisiert wird, das sogenannte „check-in/check-out-System“ mit An- und Abmeldung bei jeder Fahrt. Deutlich wurde: das Thema „fahrscheinloser ÖPNV“ ist noch lange nicht ausdiskutiert.

Weiteres Schwerpunktthema war der Radverkehr im Bergischen Land. Dr. Achim Bartoschek (www.trassenradeln.de) hielt einen Vortrag über die bereits existierenden und im Bau befindlichen ehemaligen Bahntrassen, die Panoramaradwege, die mit einer Gesamtlänge von 300 km vom Bergischen Land ins Sauerland und Rheinland führen.

Klaus Lang vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC), Kreisverband Wuppertal/Solingen e.V. brachte es auf den Punkt: Der Radverkehr wird sich nur über den Freizeitradverkehr steigern lassen. Wer in der Freizeit attraktive Wege zum Fahrradfahren findet, überlegt sich, das Rad auch im Alltag zu nutzen. Die Fahrradtrassen werden eine solche Entwicklung in Zukunft fördern. Die Politik müsse diesen Trend jedoch auch erkennen und das Radwegenetz in den Städten ausbauen. Arndt Klocke stellte den Aktionsplan Nahmobilität der Landesregierung vor, der im Internet unter www.fahrradfreundlich.nrw.de abrufbar ist.

Abschließend fasste Dr. Hermann E. Ott zusammen: Die Verkehrswende als Teil der Energiewende sei unverzichtbar. Es müsse ohne Scheuklappen über eine Neuverteilung öffentlicher Verkehrsräume zugunsten des Umweltverbundes, über Wuppertal als Fahrradstadt mit hohem Pedelec-Anteil und über die Notwendigkeit eines verbesserten Radwegenetzes nachgedacht werden.

GASTKOMMENTAR: ENQUETE-KOMMISSION – MEHR FRAGEN ALS ANTWORTEN

■ VON DR. HERMANN E. OTT, GRÜNER BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR WUPPERTAL

Wohlstand für alle, ökologisches Gleichgewicht und gesunde Wirtschaft – geht das?

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages legt ihre Abschlussberichte vor.

Streit um den Wachstumsbegriff

Was macht Wohlstand und Lebensqualität unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert aus? Wie muss sich unsere Wirtschaft entwickeln, um allen Menschen in unserem Land eine gesicherte Existenz zu garantieren – ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu gefährden?

Diese Fragen beschreiben den großen Horizont der fünf Arbeitsgruppen der Kommission. 17 Abgeordnete und 17 Fachleute sollten Handlungsspielräume aufzeigen, im besten Falle sogar den (vermeintlichen) Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie auflösen. Aber schon früh zeichnete sich ab, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht bereit sein würde, sich einem von Erkenntnisinteresse geleiteten Diskurs zu stellen.

Höhepunkt der Auseinandersetzung war die Vorlage von zwei völlig unterschiedlichen Berichten der Koalition und der Opposition, die zum Thema „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ eingereicht wurden – weil sich die „Experten“ nicht einigen konnten.



Foto: Privat

Arbeitsauftrag: nicht erfüllt

So bleiben im Bericht von Schwarz-Gelb viele der oben genannten Fragen des Einsetzungsauftrages komplett unbeantwortet. Ja, es ist nicht einmal ein Abschnitt zum Spannungsverhältnis von Wachstum und Umwelt enthalten. Im Ergebnis werden die aktuellen Verwerfungen und Krisen im Zusammenhang mit unserer jetzigen Form des Wirtschaftens als eine Art Betriebsunfall gesehen, der durch weiteres Vorantreiben der Wachstumsideologie und technologische Ver-

besserungen wieder behoben werden kann. Das sehen wir GRÜNEN anders: Nur über einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft werden die Finanz-, Sozial- und Umweltkrisen bekämpft werden können.

GRÜNE Erkenntnisse – wieder einmal voraus

In der von mir geleiteten Gruppe zur Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaften haben wir in wichtigen Fragen der Analyse

Einigkeit erzielt, und darauf bin ich stolz. Leider gilt dies nicht für gemeinsame Empfehlungen, zum Beispiel in der Frage, wie der Rebound-Effekt bekämpft werden kann.

Dieser Effekt führt dazu, dass technische Einsparungserfolge durch geändertes Verhalten zunichtegemacht werden.

So wohnen wir zum Beispiel in gedämmten Häusern, aber auf immer mehr Quadratmetern; die Energieeinsparung ist entsprechend gering. Dagegen hilft nur ein systematischer

Ansatz, kein Klein-Klein.

Gegenmaßnahmen sind zum Beispiel die Festlegung von Verbrauchsobergrenzen, Preisgestaltung und der Abbau von umweltschädlichen Subventionen.

Diese Erkenntnisse werden jetzt in unsere GRÜNE Programmatik einfließen – und hoffentlich auch in die anderer Parteien ...

Einigkeit: Wohlstand ist mehr als Wirtschaft

Immerhin: Einigkeit herrscht in der Enquete darüber, dass das Bruttoinlandsprodukt allein nicht genügend Aussagekraft über den Wohlstand in einer Gesellschaft besitzt. Der von uns entwickelte GRÜNE Wohlstandskompass soll Richtungssicherheit vermitteln und anhand von vier Indikatoren die ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung in Deutschland abbilden. Das ist wirksamer als der Indikatorenwirrwarr, der von SPD, CDU/CSU und FDP vertreten wird.

Fazit: Im Mai wird der Endbericht angenommen – und wir haben nach über zwei Jahren harter Arbeit mehr offene Fragen als zuvor. Doch die intensive Debatte um Ökonomie und Ökologie in sozialer Verantwortung war ein wichtiger Schritt, um die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts anzugehen: Die Versöhnung von Menschenwelt und Umwelt.

ALTERSARMUT IN WUPPERTAL

■ ALTERSARMUT IST WEIBLICH

Zu diesem Schluss kommt der Armutsbericht, den die Verwaltung nun in sehr ausführlicher Form für den Bereich Altersarmut vorgelegt hat.

In Wuppertal beziehen etwa vier Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung – damit ist der Anteil doppelt so hoch wie auf Bundesebene (in NRW sind es 2,7%).

Rund 60% davon sind Frauen. Der Grund hierfür sind die Erwerbsbiografien der Frauen, die häufig ihre Erwerbstätigkeit zugunsten von Kindererziehung unterbrochen oder ganz aufgegeben haben. Dadurch haben sie nur geringe Rentenansprüche erworben. Auch Teilzeitbeschäftigung und der oftmals geringe Verdienst in „typisch weiblichen“ Berufen tragen dazu bei. Der Großteil der Empfängerinnen und Empfänger hat die deutsche Staatsangehörigkeit, aber auch

Menschen mit Migrationshintergrund beziehen Grundsicherung. Den größten Anteil stellen dabei Zugezogene aus der ehemaligen Sowjetunion. Sie haben häufig nur geringe oder gar keine Ansprüche aus ihren Herkunftsländern.

Anteil versteckter Altersarmut ist hoch

Erfasst wurden in dem Bericht jedoch nur Personen, die tatsächlich Leistungen der Grundsicherung beziehen. Eine Studie aus dem vergangenen Jahr hat aber ergeben, dass rund zwei Drittel der Anspruchsberechtigten keine Leistungen beziehen.

Ein Grund dafür ist die sogenannte verschämte Altersarmut – viele Menschen finden es unangenehm, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, denn sie wollen niemandem zur Last fallen. Dies trifft besonders auf die Hochaltrigen, also die über 80-Jäh-

rigen, zu. Manche Betroffenen sind unzureichend darüber informiert, welche Leistungen ihnen zustehen, oder haben Angst vor dem bürokratischen Aufwand.

Hier können kommunale Handlungsmöglichkeiten ansetzen, indem zum Beispiel Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände oder Hausärztinnen und Hausärzte die Anspruchsberechtigten noch einmal gezielt über bestehende Ansprüche informieren und ihnen ggf. auch bei der Antragstellung helfen.

Armut macht krank

Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil sich extrem niedrige Renten auch auf den Gesundheitszustand und die sozialen Beziehungen der alten Menschen auswirken. Sie wohnen oft in günstigen, aber keinesfalls barrierearmen Wohnungen, sie können benötigte Medikamente oder Hilfsmittel

nicht bezahlen und sie nehmen keine sozialen Kontakte wahr, weil dies oft mit Ausgaben verbunden ist. Und das schließt sich der Kreis: Wer kaum soziale Kontakte hat, hat auch keinen Zugang zu professioneller Hilfe, es kommt zu einer doppelten Ausgrenzung.

Um diesen Kreislauf aufzubrechen, sind quartiersbezogene Ansätze gefragt, denn alte Menschen benötigen Angebote in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld. Hinweise darauf, welche Quartiere besonders betroffen sind, liefert der Bericht ebenfalls: die meisten davon liegen auf der Talachse. Aber um Altersarmut vorzubeugen, muss sich auch auf bundesgesetzlicher Ebene einiges tun: Die Abschaffung von Niedriglöhnen oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde sich auch auf die Altersrenten positiv auswirken. Auch daran müssen wir weiter arbeiten!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.),
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Olcay Bruchmann, Bettina Brücher,
Ute Eichler-Tausch, Anja Liebert, Klaus
Lüdemann, Regina Orth, Ilona Schäfer,
Udo Schramm, Paul Yves Ramette

Gastkommentare:
Hermann Ott MdB, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion
Rita Kubitzka und Linda Weißgerber,
Frauenverband Courage
Jutta Velte MdB, GRÜNE Abgeordnete für das Bergische Land

Cartoon: Harm Bengen

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 17.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38;
bioSophie, Sophienstr. 26

Die Abgabe ist kostenlos!

GASTKOMMENTAR: DAS BERGISCHE ENTDECKEN

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Ende Januar habe ich gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Herbert Goldmann, zuständig für Landesplanung und Petitionen, einen Rundgang durch Oberbarmen und Barmen gemacht, um ihm die spezifischen Eigenheiten und Problemlagen der größten der drei Bergischen Städte im wahrsten Sinne des Wortes vor Augen

zu führen. Wir stellten uns dabei die folgenden Fragen:

- Wie steht es mit den innerstädtischen Industriebrachen?
- Wie hoch ist der Wohnungsleerstand?
- Wie sieht die Gebäudesubstanz aus?
- Wie funktionsfähig sind die Zentren dieser beiden Wuppertaler Bezirke?

- Garantieren sie den Menschen noch eine wohnortnahe Versorgung?

Am Ende unserer etwa zweistündigen Wanderung u.a. über Schwarzbach, Bergisches Plateau, Wichlinghauser Straße, B7 und Werth trafen wir uns in Barmen mit VertreterInnen der IHK, des Einzelhandelsverbandes

und der IG Barmen, um über Wünsche, Anforderungen und Kritik an (unserer) Politik zu diskutieren. Dabei waren Gewerbeflächenpolitik, Zentrenentwicklung, die Zusammenarbeit mit der Stadt und die möglichen Auswirkungen einer IKEA-Ansiedlung die beherrschenden Themen. Wir werden das Gespräch fortsetzen.

INKLUSION IN KITAS – VORANBRINGEN!

■ ERGEBNISSE EINES WERKSTATTGESPRÄCHS DER GRÜNEN RATSFRAKTION

Steffi und Paul sind anders als andere Kinder. Das Mädchen sitzt im Rollstuhl, der Junge ist entwicklungsverzögert. Die beiden sollen jetzt in einer Gesamtschule unterrichtet werden. Die Schule liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrem Zuhause. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Steffi und Paul völlig unterschiedliche Wege gegangen.

Steffi hat zuerst eine heilpädagogische Kita, dann eine Förderschule besucht. Nur dort erhalte sie genau die Förderung, die sie brauche, hieß es. Um beide Einrichtungen erreichen zu können, saß sie täglich mindestens zwei Stunden in einem besonderen Bus. Paul dagegen war in einer Kita, die er zu Fuß erreichen konnte.

Danach ging er in den gemeinsamen Unterricht in einer Grundschule nebenan. Steffi und Paul lernen sich nun erst in der Gesamtschule kennen, obwohl sie in derselben Straße wohnen.

Diese beiden konstruierten Biographien sind Realität: Kinder mit Behinderungen werden überwiegend in besonderen Einrichtungen betreut, beschult und gefördert. Eine umfassende Inklusion ist heute noch Vision.

Leitbild Inklusion

Dabei ist das Leitbild der Inklusion eine enorme Chance für Kinder und Jugendliche: „Inklusion würdigt Vielfalt als Bereicherung“.

Bei dem Thema geht es um mehr als „nur“ Behinderung: Inklusion ist die vollständige Öffnung aller Lebensbereiche für alle Menschen. Bei Kindertageseinrichtungen gilt: Die Unterstützung und die individuelle Förderung, die jedes einzelne Kind benötigt, soll wie in einem Rucksack zum Kind gebracht werden und nicht das Kind zu einem separierenden Angebot.

Wer ist federführend?

Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland hat bereits 2011 unter dem Titel „Inklusion in Kitas voranbringen“ einen entsprechenden Antrag beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, erste Überlegungen anzustellen, wie Inklusion in Tageseinrichtungen für Kinder möglichst früh beginnen kann und die Eltern in diesem Prozess gut beraten werden können.

Das Landesjugendamt Rheinland hat nun nach vielen Gesprächen nicht nur mit der Politik, sondern auch mit dem Landesjugendministerium, dem Schwesternverband in Westfa-



Foto: Mathias Kehren; im Bild: Referent Lorenz Bahr, GRÜNER Stadtverordneter

len-Lippe, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den kommunalen Spitzenverbänden und Elterneinrichtungen erste Vorschläge vorgetragen, die bis zum Sommer präzisiert, gerechnet und beschlossen werden sollen.

Was ist geplant?

Demnach wird es zukünftig ab dem Kindergartenjahr 2014/15 möglichst landesweit einheitliche Mindeststandards bei der Betreuung von Kindern mit Behinderung in Tagesein-

richtungen geben. Außerdem wird die komplizierte und seit 1984 nicht überarbeitete pauschale Förderung durch eine kindbezogene Förderung ersetzt, die den besonderen personellen, therapeutischen und sachlichen Anforderungen des einzelnen Kindes gerecht wird. Folgende Finanzierungsbau- steine sind im Konsens aller Beteiligten in der Debatte bereits festgelegt: Eine maximale Gruppengröße, ein Personalmindeststandard (zusätzliche Fachkraft), Vernetzung der Einrichtung und Beratung der Eltern, Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und eine (Erst-)Ausstattung der Gruppe zur Aufnahme von Kindern mit Behinderung. Ferner wird empfohlen, das Thema „Therapie“ in enger Verzahnung und Kooperation mit den dafür vorgesehenen und bereits bestehenden Einrichtungen anzugehen.

Unter dem Strich ist das Ziel, Kindern mit Behinderung diejenige Förderung und Hilfe zuteilwerden zu lassen, die ihnen eigentlich schon heute zustehen. Und darunter fällt auch, dass Kinder mit Behinderung das gleiche Recht auf einen Kindergartenplatz haben wie alle anderen Kinder, selbst die unter Dreijährigen.

MOBIL GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

■ DIE BUNDESREGIERUNG IST IN DER PFLICHT

Die Familienministerin Dr. Kristina Schröder hat die Fördermittel des Bundes für die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in Höhe von 51.000 Euro pro Jahr bis Ende 2014 zugesagt. Aber was kommt danach?

Die fünf Regierungsbezirke Nordrhein-Westfalens haben je eine Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus. Im Oktober 2008 gingen sie an den Start und hatten seitdem über 500 Einsätze. Für den gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf agieren zwei Mitarbeiter von Wuppertal aus, angesiedelt sind sie im städtischen Integrationsressort bei der Initiative für Demokratie und Toleranz. Angefragt wird

die Beratung von Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen, aber auch Mitarbeiter aus Verwaltungen, MigrantInnenorganisationen, Politiker und Familien bitten um Information und Hilfe.

Die Probleme sind vielfältig: Wie gehe ich mit diskriminierenden Äußerungen um, wie reagiere ich auf Hakenkreuz-Schmierereien, auf die Flut von Nazi-Aufklebern? Wie verhalten wir uns bei Neonazi-Aufmärschen in unserer Stadt? Wie erkenne ich rechte Tendenzen frühzeitig?

Die Mitarbeiter der Mobilen Beratungsstellen entwickeln mit den Betroffenen wirkungsvolle, alltagstaugliche Strategien für Gegenmaßnahmen.

Wir halten die Mobilen Beratungsstellen für unverzichtbar, belegt Wuppertal doch leider den zweiten Platz bei rechtsextremen Straftaten – hinter Dortmund und vor Düsseldorf.

Mit uns kritisiert die GRÜNE Landtagsabgeordnete und integrationspolitische Sprecherin Jutta Velte die Streichung der Bundesmittel auf das Schärfste!

Wir fordern eine Korrektur der Förderpolitik des Bundes, besonders vor dem Hintergrund der Aufdeckung des NSU-Skandals. Deshalb fordern wir in einer Resolution zum nächsten Rat der Stadt am 04.03.2013 Ministerin Schröder auf, die notwendigen Mittel für den Erhalt der Beratungsstellen und damit die bisher laufende Arbeit gegen

Rechts auch in Wuppertal zu sichern. Die Hinterbliebenen der Mordopfer brauchen nicht nur tröstende Worte und Mitgefühl, sie brauchen lückenlose Aufklärung und deutliche Zeichen, dass die rechtsextreme Problematik nicht kleingeredet wird und dass mit den Mobilen Beratungsstellen dem

Grundsatz gefolgt wird: Gegen Nazis – überall! Wir stehen für Integration, Toleranz und Demokratie und fordern verbindliche Zusagen, dass die Arbeit der Mobilen Beratungsstellen unbefristet gefördert wird! Der Rat der Stadt überwies unseren Antrag zur weiteren Beratung in den Integrationsausschuss.



Wuppertaler Initiative
für Demokratie und Toleranz e.V.



Stadt Wuppertal

Mit DIR wird's
was:
ANZEIGE

Jetzt Mitglied werden!



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811

GASTKOMMENTAR: MOBILE BERATUNGSSTELLEN IN GEFAHR

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Im letzten Jahr konnte ich mir selbst ein Bild von der ausgezeichneten Arbeit der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Wuppertal machen.

Auch das großartige Programm für 2013 belegt eindrucksvoll diese Arbeit. Angesichts der Geschehnisse in Radevormwald, des Aufmarsches von Neonazis in Remscheid und Solingen, des Zuspruchs für rechte Parteien in Wermelskirchen und Burscheid wird klar: Wir brauchen die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus mehr denn je.

Deshalb kann ich nur mit Empörung darauf reagieren, dass die Bundesregierung bisher keine Fortführung des Projekts plant. Immerhin ließ sie sich



Foto: Privat

jetzt so weit vom bundesweit geäußerten politischen Druck bewegen, dass die Finanzierung um ein weiteres Jahr bis 2014 bewilligt wurde.

Dies war auch Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Familien, Kinder und Jugend im Landtag – die Piraten hatten nachgefragt.

Die GRÜNEN, die SPD und die Piraten protestierten gleichermaßen gegen das Auslaufen des Projektes.

CDU und FDP hingegen trugen kein einziges Wort zu der Debatte bei und äußerten sich auch nicht zu der Frage einer gemeinsamen Initiative. Das ist beschämend.

Übrigens: Der Sprecher der FDP im Ausschuss ist der Wuppertaler Marcel Hafke.

WOHIN STEuern DIE STADTWERKE?

■ VERLUSTE, RISIKEN, DEFIZITE – ZUKUNFTSSICHERE STRUKTUREN DRINGEND GESUCHT



Foto: Jörg Lange

Die Wuppertaler Stadtwerke befinden sich in einer Umbruchphase. Auch die strategische Partnerschaft mit GDF Suez hat nicht zu einem zukunftssicheren Geschäftsmodell geführt.

Die Beteiligung am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven wird immer mehr zum unkalkulierbaren Risiko, die Gewinne aus den Sparten Strom, Gas und Wasser reichen kaum noch, um das Defizit im Verkehrsbereich (25 Mio. Euro aus der Schwebbahn, 25 Mio. Euro aus

dem Busverkehr) zu kompensieren. Dabei hatte die Energiewende Chancen aufgezeigt: Durch die Beteiligung an Windkraftanlagen könnten die WSW bis 2030 die gesamten Verluste aus der Schwebbahn ausgleichen. Doch in der Sparte Windenergie geht es zu langsam voran.

In einer GRÜNEN Anfrage an den Finanzausschuss erkundigten wir uns nach den Risiken in den Geschäftsfeldern der WSW. Diese Geschäftsfelder sind Strom, Gas, Fernwärme, die

Beteiligung am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven, die Trinkwasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Schwebbahn und der Busverkehr. Durch ein Verfahren des Bundeskartellamtes bezüglich der Gebühren für die Trinkwasserversorgung (Preissenkung) drohten hohe Verluste. Diese Gefahr konnte durch eine Rekommunalisierung der Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung weitgehend gebannt werden.

Wir fragten in der Februar-Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung nach den Auswirkungen auf den Verkehrsbereich. Denn ein Gewinneinbruch von mehreren Millionen Euro in einer der WSW-Sparten würde zu drastischen Einschränkungen im Busverkehr führen. Im Vergleich dazu wären die aktuellen Einschränkungen (Krankenstand, Kürzungen bei einigen Buslinien) nur „Peanuts“. Die Beantwortung unserer Fragen im Finanzausschuss erfolgt leider erst nach Redaktionsschluss, deshalb können wir an dieser Stelle noch nicht darüber berichten.

Wie sieht eine zukunftssichere Struktur für die WSW aus? Wir GRÜNEN sind auf der Suche nach Antworten und freuen uns über Ihre Anregungen!

ENERGIESPARTIPP DES MONATS

■ SPAREN BEI DER WARMWASSERBEREITUNG



Foto: © pogobuschel, Pixelio.de

Viele Altbauten besitzen keine zentrale Warmwasserversorgung, dort wird sie über Warmwasserboiler garantiert. Die elektrische Warmwasserbereitung ist

grundsätzlich sehr energieintensiv. Wenn die Geräte mit dem Blauen Engel ausgezeichnet sind, haben sie jedoch eine besonders effektive Wärmespeicherung und eine sehr gute Wärmeisolierung.

Energie können Sie auch sparen, wenn Sie die Temperatur ihres Warmwasserboilers senken. 40 Grad reichen in Privathaushalten meistens aus. Bei 60 Grad kann es sogar passieren, dass sich mensch beim Duschen und Händewaschen verbrüht.

So können die Energiekosten für die Warmwasserbereitung um bis zu 10% gesenkt werden.



Cartoon: Harm Bengen

RATSCHRONIK DEZEMBER 2012

Änderung der Geschäftsordnung

Da CDU und SPD die absolute Mehrheit im Rat haben, nehmen sie die Anträge anderer Fraktionen schon mal gern ohne Diskussion von der Tagesordnung. Die Geschäftsordnung des Rates bietet ihnen die Möglichkeit dazu – das Zauberwort heißt „Übergang zur Tagesordnung“. In der Ratsitzung am 17.12.2012 taten sich alle Oppositionsfraktionen zusammen und stellten den Antrag, diese Passage aus der Geschäftsordnung zu streichen, damit jede Fraktion zumindest die Chance erhält, ihre Initiativen in der Sitzung vorzustellen. Leider vergebens, CDU und SPD lehnten den Antrag ab – immerhin erst, nachdem sie sich die Argumente dafür angehört hatten.

Solidarität mit den DLK-Beschäftigten

Mit großer Mehrheit stimmte der Rat der Stadt gegen die Pläne des Helios-Konzerns, 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienstleistungsbereich für ein viel geringeres Gehalt in eine neue Gesellschaft auszugliedern. Wuppertal ist mit 5% an dem ehemals städtischen Klinikum beteiligt. Die Botschaft des Rates steht im ersten Satz des Antrages: „Der Rat der Stadt Wuppertal bezeichnet die geplante Entlassung von 160 DLK-Beschäftigten als ein Verhalten, das in Wuppertal nicht erwünscht ist“. Ende Januar 2013 gab es zwar eine Einigung zwischen Helios und ver.di, diese wird jedoch schwere finanzielle Einbußen für viele der Beschäftigten nur kurzfristig verhindern.

Schulsozialarbeit langfristig gewährleisten

Auf Initiative der GRÜNEN Ratsfraktion wurde in der Ratsitzung ein Antrag beschlossen, der die erfolgreiche Schulsozialarbeit auch für die nächsten Jahre sichern möchte. CDU, SPD, GRÜNE und DIE LINKE fordern darin die Bundesregierung auf, die Stel-

len beizubehalten und „unbefristet den Kommunen weitere ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen“. Marc Schulz, unser schulpolitischer Sprecher, führte in seiner Rede aus, wie wichtig diese Stellen für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien seien und wie viel die SozialarbeiterInnen in der Praxis bereits bewirkt hätten.

nen wir die Vorlage ab. Ein reiner IKEA-Standort würde unterstützt, IKEA plus Fachmarktzentrum nicht.

Ausbau der offenen Ganztagschule im Primarbereich

Die Verwaltung brachte eine Vorlage für die Schaffung von 100 neuen Betreuungsplätzen im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule ein.



Foto: Jörg Lange

Bauleitplanverfahren IKEA

Nachdem die Landesregierung der Stadt Wuppertal untersagt hat, den Bebauungsplan für IKEA plus Homepark weiter zu verfolgen, reagierte die Verwaltung mit einer Ratsvorlage, in der das innenstadtgefährdende Sortiment von 15% auf 10% umdefiniert wird. Gleichzeitig wird eine Klage gegen das Stoppschild der Landesregierung vorbereitet.

Für die GRÜNEN gilt nach wie vor: Wir wollen die Innenstädte stärken und nicht für zusätzliche Konkurrenz auf der grünen Wiese sorgen, deshalb leh-

Das reicht den GRÜNEN jedoch nicht aus. Deshalb stellten wir schon im Schulausschuss den Antrag, innerhalb des ersten Halbjahres 2013 aufzuzeigen, wie in den nächsten fünf Jahren insgesamt 1.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden können. Erfreulicherweise stimmten die anderen Fraktionen im Schulausschuss und im Rat einstimmig für den GRÜNEN Antrag.

Bergische Erklärung: Hundertprozentig erneuerbar

Mit dem Beschluss eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen von

CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE schließt sich der Rat der Stadt nun der Bergischen Erklärung „Hundertprozentig erneuerbar – Gemeinsam die Bergische Energiewende gestalten“ an. Nun gehört auch Wuppertal zu den bundesweit mehr als 120 Kommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Teil einer 100% erneuerbaren Energieregion zu werden.

Hilfe des Landes von jährlich 72 Mio. Euro nicht ab 2013 um 11 Mio. Euro pro Jahr zu reduzieren. Dies wurde jüngst vom Innenminister mit der Begründung angekündigt, es sei falsch gerechnet worden. Wenn andere Städte deshalb mehr aus dem Stärkungspakt-Topf des Landes erhalten, dürfen die Zuwendungen für Wuppertal nicht gekürzt werden. Auf den Hinweis unseres Stadtverordneten Klaus Lüdemann, dass auch die Bundesregierung ihren Anteil zur Gesundung der kommunalen Haushalte leisten müsse, reagierte die CDU-Fraktion zwar mit einer Sitzungsunterbrechung, die Resolution wurde anschließend jedoch einstimmig verabschiedet.

Sekundarschule in Wuppertal

Die GRÜNE Ratsfraktion beantragte, dass in Wuppertal mindestens eine Sekundarschule errichtet wird und dafür die Eltern von Dritt- und Viertklässlern an Grund- und Förderschulen befragt werden sollen. Die Sekundarschule wäre neben der Errichtung der sechsten Gesamtschule ein neues, zusätzliches Angebot. In der sechsten Gesamtschule kann bereits ein Teil der über 500 Kinder, die jedes Jahr an den Gesamtschulen im Tal abgelehnt werden, aufgenommen werden. Weitere Anstrengungen sind nötig, um tatsächlich einen Wandel in der Wuppertaler Schullandschaft zu bewirken, und dafür ist die Sekundarschule ein wichtiger Beitrag. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung verwiesen.

Umverteilung Stärkungspakt Stadtfinanzen

Selten gab es so große Einigkeit im Stadtrat wie bei der Resolution „Umverteilung Stärkungspakt“, die von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Darin wird an die Landesregierung appelliert, die zugesagte finanzielle

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie unter www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles.